

BESCHLUSS

: Mit der Jugend – raus aus der Pandemie.

Arbeitsprogramm des Hessischen Jugendrings für die Jahre 2021-2023

Wir, der Hessische Jugendring und seine Mitgliedsverbände, beziehen Stellung zu den aktuell zentralen jugendpolitischen Themen. Wir dokumentieren unsere Beobachtungen und unsere Bewertungen zur Lage von jungen Menschen. Wir analysieren die Erfahrungen, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Pandemie gemacht haben bzw. machen mussten. Gleichzeitig schauen wir auch auf uns selbst und beschreiben, wie sich die Jugendverbandsarbeit in den letzten Jahren entwickelt hat. Aus diesen Beobachtungen und Bewertungen ziehen wir unsere Schlüsse: Wir legen unsere Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre fest und formulieren jugendpolitische Forderungen. Mit diesen Forderungen wollen wir uns einbringen und für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ihre Selbstorganisationen mehr Teilhabe und Mitbestimmung erreichen.

1. Jugend in und nach der Pandemie

Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie dazu beigetragen, besonders gefährdete Gruppen zu schützen. Sie mussten dafür Schließungen und zahlreiche Störungen in Schulen, Betreuungseinrichtungen und von Angeboten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit aushalten. Darüber hinaus hatten sie über viele Monate schmerzhaft Einschnitte in ihre Freizeitgestaltung und ihre Selbstbestimmung zu akzeptieren, während ihnen gleichzeitig vorgeworfen wurde, die Pandemie anzutreiben. Kinder und Jugendliche waren von sozialen Kontakten und Angeboten der Jugendarbeit abgeschnitten und wurden auf ihre Eigenschaft als Schüler_innen reduziert. Wichtige Impulse und Unterstützungen für ihre Entwicklung konnten so nicht mehr ankommen. Viele junge Menschen waren auf ihre Familien zurückgeworfen und erlebten dort weniger Freiraum und Selbstbestimmung. Gleichzeitig wurden bestehende Nachteile und Ungleichheiten verstärkt: Viele Kinder und Jugendliche haben in Familien und beengten Wohnungen Einschnitte an Privat- und Intimsphäre, Stress, familiäre Konflikte, Abwertung und auch Gewalt erlebt. Flucht-, Schutz- und Unterstützungsstrukturen waren nicht oder weniger erreichbar. Kinder und Jugendliche konnten sich nur bedingt mit Gleichaltrigen über ihre Probleme austauschen oder gemeinsam Spaß haben, um die Erlebnisse und die Unsicherheit zu verarbeiten. Deshalb ist es dringend nötig, dass die unverzweckte freie Zeit und die Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund gerückt werden. Der Entwicklungsprozess von Kindern muss geschützt werden und der Zugang zu unterstützenden Angeboten muss gerade auch in gesellschaftlichen Krisen erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird die Verbände dabei unterstützen, neue Angebote zu entwickeln oder neue Zielgruppen in den Blick zu nehmen, um möglichst viele junge Menschen zu erreichen. Hierzu wird der hjr die Förderung der Jugendverbände im Programm "Aufholen nach Corona" für Hessen bis August 2023 organisieren und den Verbänden zugänglich machen.
- Der HJR wird die Jugendverbände und die regionalen Jugendringe darin unterstützen, Strukturen von ehrenamtlich engagierten Menschen neu zu aktivieren und aufzubauen. Dazu sollen die fachliche Debatte und die aktuellen Studien und Befunde genutzt und einbezogen werden.
- Der hjr wird die Beratung und Unterstützung der Jugendverbände und regionalen Jugendringe zu den Corona-Verordnungen bis zum Ende der Pandemie fortsetzen, damit viele Angebote der Jugendverbandsarbeit entsprechend der Regelungen gut umgesetzt werden können.

- Wir werden den Austausch zwischen den hessischen Jugendverbänden und regionalen Jugendringen fördern, um die Erfahrungen in der Pandemie zu reflektieren und Zukunftsperspektiven der Jugendverbandsarbeit zu entwickeln.
- Der Hessische Jugendring wird die Auseinandersetzung im Bereich des Kindeswohlschutzes ausweiten und die Verbände und regionalen Jugendringen dabei unterstützen, die Impulse der aktuellen fachlichen Debatte zur Weiterentwicklung von verbandlichen Schutzkonzepten zu nutzen. Hierbei sollen die Auswirkungen der extremen Belastungen junger Menschen im Kontext der Pandemie berücksichtigt werden. Der Austausch zwischen den Verbänden soll auf Basis ihrer langjährigen Erfahrungen intensiviert werden.
- Wir werden einen Fokus darauf richten die Netzwerke der Jugendverbandsarbeit in Hessen vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie zu stärken. Dazu werden wir neben dem Austausch mit den Verbänden auch den Kontakt zu den Stadt- und Kreisjugendringen ausbauen, um weitere gemeinsame Perspektiven zu entwickeln.
- Der Hessische Jugendring wird sich in die aktuellen Debatten einbringen und mit Entwicklungen der psychischen Gesundheit auseinandersetzen und Angebote entwickeln, um für dieses Thema zu sensibilisieren und zu schulen. Hierbei sollen die spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen hinsichtlich soziodemografischer Faktoren definiert und beachtet werden.
- Der Hessische Jugendring wird mit den politischen Akteur_innen und den jeweils zuständigen Ministerien Gespräche führen, um das Angebot für die inner- und außerschulische Arbeit zum Thema „Mentale Gesundheit“ zu erweitern.

Wir fordern:

- eine Fachstelle “Schutz des Kindeswohls in der Jugendarbeit” damit Jugendgruppen, Jugendverbände und andere Träger der Jugendarbeit professionelle Unterstützung und konzeptionelle Beratung zum Thema Kindeswohlschutz und Prävention finden. Diese Fachstelle soll schnell aufgebaut werden, damit insbesondere die Folgen der Pandemie zeitnah bearbeitet werden können.

2. Ehrenamt

Die verbandliche Jugendarbeit in Hessen lebt vom Ehrenamt und vom Engagement vieler junger Menschen. Sie sind aktiv in Vorständen, als Jugendleiter_innen von Gruppenstunden und Jugendangeboten, als Mitglieder in Gremien und Jugendhilfeausschüssen, als Betreuer_innen in Freizeiten und Zeltlagern und als Bildner_innen in der außerschulischen Jugendbildung und in Juleica-Schulungen. Dieses Fundament der Jugendverbandsarbeit ist in der Pandemie unter Druck geraten. Zum einen mussten sich Ehrenamtliche in der Pandemie unter schwierigen Bedingungen mit zusätzlichen Stunden für die Jugendarbeit engagieren. Zum anderen konnten nun zwei Jahre lang kaum neue Ehrenamtliche gewonnen und (z.B. durch Juleica-Schulungen) ausgebildet werden. Der Zugang zum Ehrenamt war gerade für junge Menschen versperrt, da digitale Angebote kaum Einstiege ins Ehrenamt ermöglichen. Wir stellen einen Verlust an Ehrenamtlichen fest. Dieser Verlust an Ehrenamtlichen setzt die Jugendarbeit massiv unter Druck. Rückmeldungen aus allen Strukturen der Jugendverbandsarbeit machen deutlich, dass es eine wesentliche Aufgabe darstellt, gewachsene Strukturen wieder zu aktivieren.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird gemeinsam mit den Jugendverbänden und regionalen Jugendringen den Rückgang von ehrenamtlichen Strukturen in der Jugendverbandsarbeit bewerten,

weiterhin bearbeiten und Strategien und Konzepte zur Aktivierung und Gewinnung von ehrenamtlich engagierten jungen Menschen mit den Verbänden entwickeln.

- Der Hessische Jugendring wird durch seine gezielte Öffentlichkeitsarbeit sowie Aktionen und möglicherweise Kampagnen das Ehrenamt der Jugendverbände nach Außen darstellen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen verbessern. Daher wird sich der hjr dafür einsetzen, dass die aktive Förderung von ehrenamtlichen Strukturen ausgebaut und der Abbau von bürokratischen Hürden realisiert wird.
- Der Hessische Jugendring wird sich intensiv in den fachlichen und politischen Diskurs zur Förderung und Ausgestaltung von Ehrenamt in der Jugendarbeit einbringen und die Interessen der Jugendverbände vertreten. Hierbei wirken die Jugendverbände mit, um ein breites Bild von Ehrenamt zu vermitteln.
- Wir wollen den Stellenwert der Juleica erhöhen und werden Juleica-Trainer_innen mit verschiedenen Materialien und Konzepten für Grund- und Aufbauschulungen unterstützen.

Wir fordern:

- bessere Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement: Es braucht mehr Freiräume in und neben Schule, Ausbildung, Studium und Beruf und die Erfahrungen und Kompetenzen, die über das Engagement gewonnen werden, müssen besser anerkannt werden. Wir fordern den Abbau bürokratischer Strukturen, damit Ehrenamt konkrete Entlastungen erfährt. Ein Bestandteil ist hierbei eine verbindlichere Regelung der Freistellung zum Ehrenamt für Angestellten im Öffentlichen Dienst/öffentlichen Einrichtungen und Selbstständige. Bei all dem muss das Ziel sein, Freiräume für ein interessengeleitetes Engagement zu vergrößern und Zugänge offener zu gestalten.
- mehr sichtbare Anerkennung und Würdigung für Ehrenamt in der Jugendarbeit. Dazu sollte insbesondere auch das Engagement und die Engagementformen junger Menschen gewürdigt werden und nicht nur langjährige Engagierte mit gut sichtbaren Tätigkeiten.
- eine Juleica-Landesfachstelle, um die Juleica als Qualifikations- und Engagementnachweis zu stärken. Zentral hierfür ist die Förderung von Ausbildungsangeboten, eine unkomplizierte Ausstellung der Ehrenamtskarte für Juleica-Inhaber_innen und die Etablierung weiterer attraktiver Vergünstigungen und Anreize, wie beispielsweise das "365 Euro-Landesticket", die mit der Juleica verbunden werden.

3. Partizipation

Wirksame Jugendbeteiligung bedeutet, jungen Menschen Verantwortung zu übertragen und ihre Interessen, Anliegen und Bedürfnisse im politischen Entscheidungsprozess zu berücksichtigen. Sie stärkt die demokratische Haltung und gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen und fördert damit eine lebendige Demokratie in der Zukunft. Vor allem aber sorgt Jugendbeteiligung für eine jugendgerechte Ausgestaltung der aktuellen Politik und unserer Gesellschaft. Eine wesentliche Erfahrung von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie war die temporäre, aber massive Einschränkung ihrer Partizipationsrechte. Doch auch ohne die besonderen Umstände einer Pandemie sind die Beteiligungsrechte junger Menschen in unserer Gesellschaft noch sehr begrenzt und regional unterschiedlich gut umgesetzt.

In Hessen hat nicht erst die Diskussion um die Marginalisierung jugendlicher Interessen unter Corona die Diskussion um mehr Jugendbeteiligung befeuert. Schon zuvor war ein Diskurs im Gange, der eine fachliche Weiterentwicklung sowie einen quantitativen Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten verspricht. Im Nachgang des HOP! JUGENDKONGRESS MIT_WIRKUNG im September 2019 entstand im Austausch mit Fachkräften verschiedener Träger und Vertreter_innen von lan-

desweiteren Jugendorganisationen ein Konzept für Jugendbeteiligung auf Landesebene. Dieses Konzept, das im Februar 2021 veröffentlicht wurde, wird seitdem intensiv diskutiert – in landesweiten Gremien wie dem LJHA, aber auch im Ministerium, in den kommunalen Spitzenverbänden und von Mitgliedern des Landtags. Es ist gelungen, den Diskurs um Jugendbeteiligung mit konkreten Handlungsempfehlungen an die Landespolitik zu bereichern.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird den Landesjugendkongress „HOP – Hands-on Participation“ im Oktober 2022 organisieren. Die dreitägige Veranstaltung richtet sich an 120 junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren. Sie soll barrierefrei in Kooperation mit dem und im Hessischen Landtag, unter Einbezug aller Akteurgruppen im Bereich der Jugendpartizipation in Hessen, stattfinden. Die Finanzierung und Durchführung des Kongresses ist Aufgabe des Hessischen Jugendrings. Alle Jugendverbände unterstützen dieses Vorhaben und nehmen mit eigenen Teilnehmenden am Kongress teil.
- Zur Absicherung der Ergebnisse und Wirksamkeit des 2. Jugendkongresses wird der hjr eine Follow-Up-Veranstaltung in 2023 mit der gleichen Zielgruppe veranstalten.
- Der hjr wird sich weiterhin für den Ausbau der Jugendbeteiligung in Hessen einsetzen und auf Basis des Konzeptpapiers „Jugendbeteiligung auf Landesebene“ (Februar 2021) auf die Umsetzung der dort beschriebenen Maßnahmen hinwirken. Hierzu wird die Netzwerkarbeit und Kooperation mit den anderen Trägern im bisherigen Prozess rund um das Konzeptpapier fortgesetzt.
- Finanziert durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration und in Partnerschaft aller Arbeitsbereiche der Jugendarbeit in Hessen soll 2023 ein Kongress für Fachkräfte der Jugendarbeit mit dem Schwerpunktthema Freiräume stattfinden. Wir beteiligen uns an der Entwicklung und Durchführung des Jugendarbeit-Kongresses „Freiräume für Jugend“. Dabei bringen die Jugendverbände und der Landesjugendring ihre Perspektiven und Erfahrungen ein. Als Hessischer Jugendring bewerben wir uns um die Trägerschaft des Kongresses.

Wir fordern:

- die Umsetzung des Konzeptpapiers „Jugendbeteiligung auf Landesebene“ in seiner Breite und Vielfalt. Die entwickelten Maßnahmen bilden in ihrer Gesamtheit einen Mix, der die wirksame Beteiligung von Jugendlichen in Hessen sicherstellen soll.

4. Nachhaltigkeit

Mit dem Slogan „there is no planet B“ und vielen Aktionen haben junge Menschen in den letzten Jahren mit Initiativen wie „Fridays for future“ das Thema Umweltschutz in den Fokus der Gesellschaft gerückt. Ganz aktuell stellte sogar das Bundesverfassungsgericht im März 2021 klar: Junge Menschen sind durch die unzureichenden Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes in ihren Freiheitsrechten verletzt. Denn: Die Lasten des Klimawandels werden unumkehrbar in die Zukunft verschoben. Die Fragen des Klimawandels, des Umwelt- und Artenschutzes, des nachhaltigen Wirtschaftens, des nachhaltigen Konsums und einer Bildung für nachhaltige Entwicklung stehen im Zentrum eines Generationenkonflikts, in dem sich immer mehr Menschen der jungen Generationen intensiv engagieren. Kinder- und Jugendliche sind in den hessischen Jugendverbänden und weiteren Initiativen aktiv im Klimaschutz und im Umweltschutz. Sie kämpfen für gute Lebensbedingungen für ihr Leben und das der nachfolgenden Generationen. So hat beispielsweise die Studie „Zukunft? Jugend fragen! 2019“ aufgezeigt, dass fast 80 Prozent der 14- bis 22-Jährigen in Deutschland denken, dass sich das Leben für zukünftige Generationen verschlechtert, wenn Maßnahmen für mehr Nachhaltigkeit ausbleiben. Die Frage, wie zukünftige Generationen leben können, ent-

scheidet sich ganz wesentlich heute, mit den Fragen des Umgangs mit den Folgen des Klimawandels und dem Umweltschutz.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring etabliert das Thema dauerhaft als Arbeitsbereich und wird sich fachlich und jugendpolitisch damit beschäftigen.
- Um das Thema stärker in der Praxis und Jugendpolitik der hessischen Jugendverbandsarbeit zu verankern, entwickelt der Hessische Jugendring unter Beteiligung seiner Mitgliedsverbände ein Konzept für die Bearbeitung des Themas.
- Die Gruppen- und Bildungsarbeit und die jugendpolitische Auseinandersetzung mit dem Thema in den Jugendverbänden und regionalen Jugendringen wird durch Publikationen und Arbeitshilfen durch den hjr unterstützt.

Wir fordern:

- die Interessen zukünftiger Generationen sehr viel stärker zu berücksichtigen und über die wirtschaftlichen Interessen und Bequemlichkeiten der heute Erwachsenen zu stellen. Der demokratische Grundsatz, dass die Interessen und Perspektiven derjenigen, die es betrifft mit einbezogen werden, muss in den politischen Aushandlungsprozessen für die Zukunft eine zentrale Rolle spielen.

5. Inklusion

Die Lebenssituation junger Menschen mit Behinderung wird häufig mit einem Inklusionsbegriff beschrieben, der sie wenig zu Wort kommen lässt. Inklusion wird als unerreichbares, kostspieliges Projekt mit einer Vielzahl an baulichen Maßnahmen und stark erhöhten Betreuungsschlüsseln verstanden. Das Bild von einer Person mit schwerer Mehrfachbehinderung dominiert oft die Vorstellung und häufig wird „Inklusion“ synonym mit „es gibt ein Sonderangebot ausschließlich für Jugendliche mit Behinderung“ verwendet. Dabei ist es in vielen Fällen bereits mit wenigen und einfachen Schritten möglich, Inklusion und inklusive Angebote in der Praxis umzusetzen. Die Jugendverbände in Hessen bieten Raum für Mitbestimmung und Mitgestaltung, für Selbstbestimmung und Selbstorganisation, für eigene Interessen und konkrete Bedürfnislagen und bieten damit ideale Voraussetzungen für eine inklusive Jugendarbeit. Die gleichberechtigte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist Teil der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), des Achten Sozialgesetzbuches und ein wesentlicher Auftrag für alle Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit. Ein Auftrag, der die Jugendarbeit in Hessen herausfordert, den Grundsatz der Offenheit der Kinder- und Jugendarbeit immer wieder zu reflektieren und zu prüfen, die Angebotsformen und die Räume der Jugendarbeit bewusst neu zu denken sowie eigene Kompetenzen und Konzepte zu erweitern. Aber es ist auch ein Auftrag, der Chancen für neue Erfahrungen, neue Freundschaften, neue Wege und ein Voneinander-Lernen junger Menschen bietet.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Die Öffnung der Jugendverbände für junge Menschen mit Behinderungen soll gefördert werden. Hierzu entwickelt der hjr ein Modellprojekt, das in Kooperation mit Trägern der Behindertenhilfe und der Jugendverbandsarbeit realisiert werden soll. Hierzu vernetzt sich der hjr mit anderen Trägern und Kooperationspartnern im Handlungsfeld.
- Der hjr begleitet die Umsetzung der SGB-VIII-Reform zur Inklusion junger Menschen mit Behinderungen und bringt die Interessen der Jugendverbandsarbeit in die Debatte und die entsprechenden Gremien ein.

- Der Hessische Jugendring wird den Aufbau und die Entwicklung von Selbstorganisationen junger Menschen mit Behinderungen fördern.
- Der hjr erstellt ein Eckpunktepapier zum Aufbau einer Landesfachstelle "Inklusion in der Jugendarbeit", die zur Erweiterung der Kompetenzen der Träger, zur fachlichen Beratung sowie für eine Steuerung der notwendigen Prozesse zuständig sein soll. Auf Basis des Eckpunktepapiers sucht der hjr den Austausch mit anderen Trägern und der Landespolitik.

Wir fordern:

- ein hessenweites „Aktionsprogramm Inklusion“ für eine breite gesellschaftliche Wirkung und eine stärkere Akzeptanz und Sensibilisierung für dieses Thema. Dieses sollte in einem partizipativen Prozess mit den Akteuren der Jugendarbeit und der Behindertenhilfe entwickelt werden.
- eine Landesfachstelle "Inklusion in der Jugendarbeit", um den großen Herausforderungen der nächsten Jahre gerecht zu werden und die nötigen Entwicklungsschritte in der Jugendarbeit möglich zu machen. Hierfür braucht es eine solide Finanzierung durch das Land Hessen.
- eine gesonderte Infrastrukturförderung in Hessen für Baumaßnahmen und Investitionen mit geringer Eigenmittelquote, um den Abbau von physischen Barrieren und den Aufbau von unterstützenden Systemen in den Angeboten der Jugendarbeit zu unterstützen.

6. Medienpolitik, Digitalpolitik und Medienbildung

Junge Menschen sind heute selbstverständlich Produzent_innen, Sender_innen und Empfänger_innen von medialen Inhalten auf vielen digitalen Kanälen und Plattformen. Digitale Medien prägen das Aufwachsen junger Menschen und sind wesentlicher und ständiger Begleiter. Dies gilt und galt besonders in der Corona-Pandemie. Spätestens hier hat sich die digitale Welt als selbstverständlicher Teil jugendlicher Lebenswelt etabliert.

Weil die Sozialisation junger Menschen heute wesentlich von medialen und virtuellen Räumen geprägt wird, ist auch die Ausgestaltung dieser Räume und der Rahmenbedingungen der medialen Angebotsformen ein wesentlicher Teil der Interessenvertretung für junge Menschen. Somit ist Medienpolitik auch Jugendpolitik und Jugendpolitik muss, neben vielen anderen Politikfeldern, auch Medienpolitik sein.

Medienrecht, Jugendmedienschutz, Digitalpolitik, Medienkonzentrationsrecht, Urheberrecht, Datenschutz sowie insbesondere die Förderung von Medienkompetenz und der kritischen Auseinandersetzung mit und Positionierung zu Medieninhalten sehen wir als wichtige Rahmenbedingungen für das Aufwachsen junger Menschen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Gesetzgebungsverfahren in medienpolitischen Arbeitsfeldern transparent und partizipativ gestaltet werden und dass die Interessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärker berücksichtigt werden. Zudem werden wir uns in Diskussionen zur Digitalpolitik einbringen, wenn diese die Lebenswelt junger Menschen betrifft.
- Wir werden die Entwicklung medienpädagogischer Arbeitsansätze und deren Umsetzung in den Jugendverbänden und regionalen Jugendringen unterstützen. Wir bringen uns ein, um ein selbstbestimmtes Agieren junger Menschen im digitalen Raum zu fördern und um medienpädagogische Ansätze für die verbandliche Jugendarbeit, insbesondere der kritischen Medienkompetenzen und der Medienkritik, stärker nutzbar zu machen. Wir werden die Förderung medienpädagogischer Kompetenzen ehren- und hauptamtlich Mitarbeitender in Bezug auf Ausstattung und Qualifizierung für ihre Tätigkeit unterstützen und verstärken.

- Der Hessische Jugendring wird als Interessenvertretung junger Menschen an den politischen Diskursen um Medienpolitik, Jugendmedienschutz und Digitalisierungspolitik mitwirken.

Wir fordern:

- die Sicherstellung der Netzneutralität, damit der freie Zugang zur Nutzung der Datennetze aller User gewahrt wird. Ein gleichberechtigter, nichtkommerzieller Zugang für junge Menschen zu Medien und Informationen ist sicherzustellen.
- die stärkere Berücksichtigung jugendlicher Mediennutzung bei der Ausgestaltung rechtlicher Rahmenbedingungen (z.B. DSGVO). Es braucht taugliche Verfahren für die Mediennutzung junger Menschen zum Beispiel im Urheberrecht. Gerade das Urheberrecht muss stärker in Einklang mit medialen Ausdrucksweisen von jungen Menschen gebracht werden.
- eine stärkere Finanzierung von Angeboten der Medienkompetenzförderung für junge Menschen. Hierdurch muss ein Ausbau schulischer und außerschulischer Angebote möglich werden.

7. Diversität

Vielfalt bietet die Grundlage für die demokratische Zivilgesellschaft, in der wir uns als Jugendverbände und Jugendringe verorten. Das Entdecken von Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschieden und der wertschätzende Umgang damit bietet Chancen, Neues zu lernen und gemeinsam Erfahrungen zu sammeln, sich auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Menschen verschiedener sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Sprache, Staatsangehörigkeiten, Religion oder Weltanschauung, ethnischer oder kultureller Zugehörigkeit sowie körperlicher und geistiger Fähigkeiten leben in Deutschland zusammen und prägen dadurch unsere plurale und diverse Gesellschaft. In unserem Tätigkeitsfeld, der selbstorganisierten Jugendarbeit, ist diese Pluralität der Identitäten besonders relevant. Denn unser Auftrag ist es, einen Raum für die Entwicklung junger Menschen zu bieten und ihre Identitätsprozesse zu schützen und zu fördern. Dieser Auftrag steht im Kontrast zu Diskriminierung und Ausgrenzung, die Ausschlüsse für (junge) Menschen erzeugen.

Auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Identitäten eine erhöhte Präsenz im öffentlichen Diskurs erkämpft haben, werden die Abwertung und die Diskriminierung ihnen gegenüber nicht unbedingt geringer. Auf Menschen mit Migrationsgeschichte wird weiterhin ein hoher Druck zur vermeintlichen Integration ausgeübt, während struktureller und institutioneller Rassismus Ausschlüsse herstellen. Ausgrenzungen, denen eine Abweichung von einer vermeintlichen Normalität zugrunde liegt, treffen ebenfalls Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und inter Menschen. Zusätzlich radikalieren sich Menschen und Gruppierungen, die offen Hass gegenüber anderen Menschen vertreten, wodurch sich das Gefährdungspotenzial für die betroffenen Gruppen erhöht.

Vielfalt ist somit nicht nur eine Beschreibung gesellschaftlicher Realität, sondern auch ein Kampfbegriff, um die demokratische Kultur und damit verbunden den inklusiven Umgang mit marginalisierten Gruppen in der Gesellschaft zu stärken. Als Jugendverbände und Jugendringe müssen wir uns hier einmischen und dazu beitragen, dass Vielfalt als gesellschaftliche Realität und als Bereicherung anerkannt und wertgeschätzt wird. Dazu müssen wir die öffentliche Debatte rund um Vielfalt und Akzeptanz mitgestalten.

Auch in der Jugendverbandsarbeit sind weitere Veränderungs- und Öffnungsprozesse nötig, damit die gesellschaftliche Vielfalt in den Jugendverbänden ankommt und alle Jugendlichen Teilhabe erleben können. Dieser Prozess ist dauerhaft und wird nicht aufhören. Diskriminierung, Alltagsrassismus und strukturelle Ausschlüsse müssen identifiziert und abgebaut werden. Dabei können die Jugendverbände an zahlreiche Erfahrungen in der Arbeit mit jungen Geflüchteten, queeren Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationsgeschichte anknüpfen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring setzt seine Arbeit als Träger der „Landesfachstelle Queere Jugendarbeit Hessen“ fort, um Jugendverbände bei Entwicklungs- und Öffnungsprozessen zu unterstützen und den Ausbau von queerer Jugendarbeit in Hessen voranzutreiben.
- Das Projekt „zusammen[]wachsen: Vielfältige Jugendarbeit stärken“ wird bis zum Juli 2023 fortgesetzt. Es dient dem Aufbau von Selbstorganisationen junger Menschen mit Migrationsgeschichte und der Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Das Projekt wird im Rahmen der Landesfachstelle Hessen „Integration in der Jugendarbeit“ umgesetzt.
- Die Projekte „Netzwerk Vielfalt“ und „Vielfalt erleben“ werden wir bis Dezember 2022 fortsetzen und damit unsere Mitgliedsverbände darin unterstützen, Teilhabe und Selbstorganisation für junge Geflüchtete zu realisieren. Im Anschluss an die Projekte, soll die Vernetzung und Unterstützung der Träger in diesem Bereich in einem Folgeprojekt weitergeführt werden.
- Der Hessische Jugendring wird darüber hinaus weiterhin den Aufbau von Selbstorganisationen junger Menschen unterstützen, die sich für spezifische Bedarfe junger Menschen oder gegen verschiedene Formen der Diskriminierung einsetzen.

Wir fordern:

- die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für alle jungen Menschen. Das reicht von einer humanitären Flüchtlingspolitik bis zum Zugang zu (Aus-)Bildung für alle jungen Menschen in Deutschland.
- den wirksamen Schutz von queeren, trans* und intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen und weiteren marginalisierten Gruppen vor Diskriminierung und Gewalt, sowie den Abbau der Ursachen dieser.

8. Demokratieförderung

Extrem rechte Positionen, Rechtspopulismus und Antisemitismus erlebten in den vergangenen Jahren eine starke Zunahme und bewirkten eine Verschiebung des politischen Diskurses, die sich inzwischen auch in den Landtagen und im Deutschen Bundestag abbildet. In sozialen Medien werden antidemokratische Einstellungen und menschenfeindliche Ideologien mit großer Reichweite gestreut und prägen politische Debatten. Im digitalen Raum werden Kampagnen der Desinformation, Fake News und Verschwörungstheorien verbreitet und die Marginalisierung bestimmter Gruppen betrieben. Deutschland wird diese vor allem seit 2015 lauter gewordenen antidemokratischen Stimmen so schnell nicht wieder los. Die Anschläge von Wolfhagen bei Kassel, Halle und Hanau zeigen wie präsent, bedrohlich und tödlich Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und völkische Ideologien sind.

In der Pandemie haben Demokratiefeind_innen ein neues Thema und einen neuen Anlass gefunden:

Seit Frühjahr 2020 erleben wir ein Mobilisieren antisemitischer Ideologien zur Erklärung der Pandemie, während diese Mobilisierung mit rechtsextremistischen Akteur_innen, Reichsbürger_innen, Wissenschafts- und Demokratiefeind_innen zusammenwächst. Hier sind große demokratiefeindliche Netzwerke entstanden.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind mit diesen Entwicklungen konfrontiert. Deshalb haben politische Bildung und Medienpädagogik hier ein wichtiges Aufgabenfeld.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird weiterhin mit dem Projekt "NDC - Netzwerk für Demokratie und Courage" Angebote der politischen Bildung an Schulen realisieren. Darüber hinaus wird das Projekt für Multiplikator_innen und Jugendgruppen in den Jugendverbänden Projekttag und Trainings zur Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus anbieten.
- Der Hessische Jugendring wird die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und Verschwörungsideologien ausbauen und im NDC hierzu verstärkt arbeiten. Neben dem Ausbau von Bildungsangeboten wird die Website antisemitismus.wtf weiterentwickelt und in die Bildungsangebote einbezogen.
- Die Funktion der Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie wird durch den hjr weiterhin unterstützt. Hierzu wird die Durchführung politischer Bildungsangebote und Fachveranstaltungen zur besseren Auseinandersetzung mit menschenverachtenden bzw. demokratiefeindlichen Einstellungen im schulischen und außerschulischen Bereich fortgesetzt.
- Der Hessische Jugendring wird sich, seine Mitgliedsverbände und die regionalen Jugendringe als Teil einer demokratischen Zivilgesellschaft mit den Trägern der Demokratieförderung und der politischen Bildung weiterhin eng vernetzen und seine Mitarbeit im "Beratungsnetzwerk Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus" fortsetzen.
- Der hjr entwickelt Konzepte für Workshops und Bildungseinheiten im Themenfeld Antifeminismus, die von den Verbänden genutzt werden können, um eigene Angebote in ihren Strukturen durchzuführen.

Wir fordern:

- eine gesetzliche Grundlage und auf Dauer angelegte Förderung für die Demokratieförderung, Bildungsangebote und Beratungsstellen für Hessen.
- Freiräume und eine breite politische und gesellschaftliche Unterstützung für unsere wertegeleitete Bildungsarbeit gegen Demokratiefeindlichkeit. Die Arbeit der Projekte und Träger der Demokratieförderung darf nicht durch die unzulässige Forderung nach politischer Neutralität eingeschränkt werden.
- den Hessischen Landtag auf, für eine lückenlose Aufklärung jeder rechts motivierten Gewalttat, Gerechtigkeit und Konsequenzen zu sorgen und Erinnerung zu ermöglichen.

9. Politische Bildung

Politische Bildung gehört zum Kern der Jugendbildungsarbeit, die Jugendverbände auch im Austausch mit anderen Trägern seit vielen Jahrzehnten umsetzen und stetig weiterentwickeln. Dabei richtet sich die politische Bildung der Jugendverbände an junge Menschen und zielt darauf, ihre Kritik- und Analysefähigkeit zu stärken und sie darin zu unterstützen, eigene Interessen in gesellschaftliche Diskurse und Aushandlungsprozesse einzubringen.

In den letzten Jahren ergaben sich besondere Herausforderungen für die politische Bildung. Zahlreiche gesellschaftliche Konflikte haben sich verschärft und die Anfeindungen gegenüber einer offenen, demokratischen Gesellschaft werden deutlicher. Politische Bildung ist antidemokratischen Angriffen ausgesetzt und muss ihren Wertediskurs gegen Rufe nach vermeintlicher politischer Neutralität verteidigen.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht hat die zahlreichen Anforderungen an eine zeitgemäße politische Bildung zusammengefasst.

Politische Bildung bekommt durch den 16. Kinder- und Jugendbericht den klaren Auftrag, diese Impulse aufzugreifen, die Werteorientierung zu festigen und Angebote für zusätzliche Zielgruppen und vor allem Kinder zu entwickeln. Der Bericht betont die Bedeutung politischer Bildung, für unser demokratisches Zusammenleben und ihre Wirksamkeit gegen Angriffe auf die Demokratie. Für die Jugendverbandsarbeit verstehen wir den Bericht auch als einen Auftrag, eine intensive Auseinandersetzung mit der Bedeutung, dem Selbstverständnis und den Rahmenbedingungen der politischen Bildung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen – insbesondere dort, wo Erfahrungen und die Verankerung politischer Bildung in den Verbänden sehr unterschiedlich ausgeprägt sind - zu führen.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir uns Folgendes vor:

- Der Hessische Jugendring wird eine Arbeitsgruppe gründen, in der Vertreter_innen der Jugendverbände in den kommenden zwei Jahren eine grundlegende Perspektive auf die unterschiedlichen Facetten politischer Bildung in den hessischen Jugendverbänden entwickeln werden.
- Den Jugendverbänden und regionalen Jugendringen werden in Fachtagen, Workshops oder Abendveranstaltungen fachliche Impulse für ihre politische Bildungsarbeit angeboten, die sich an Haupt- und Ehrenamtliche richten.

Wir fordern:

- ein klares politisches Bekenntnis aller demokratischen Parteien zur politischen Bildung als Säule der Gesellschaft, denn das individuelle Verstehen bildet weiterhin die Grundlage für das Gestalten in einer demokratischen Gesellschaft.
- Orte der außerschulischen politischen Bildung zu stärken und zu erhalten.
- die Verankerung der politischen Bildung im Hessischen Kinder- und Jugendgesetzbuch und die Ausweitung der Angebote auf Kinder.
- die Grundannahmen der „Extremismustheorie“ müssen aus Aktionsprogrammen und Förderbedingungen zur Demokratieförderung verschwinden. Die Annahme einer demokratisch unverdächtigen Mitte der Gesellschaft ist nicht haltbar und darf nicht die konzeptionelle Grundlage der Demokratieförderung sein.
- ein breites Vertrauen in die zivilgesellschaftlichen Träger und ihre Mitarbeiter_innen, das nicht durch die Instrumente der Sicherheitsüberprüfung oder Demokratieerklärung strukturell in Frage gestellt wird.

Beschlossen am 20. November 2021 auf der digitalen Vollversammlung des Hessischen Jugendrings.